



# UNSERE SICHERHEIT EUROPA

NEWSLETTER DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTS FÜR EUROPÄISCHE SICHERHEITSPOLITIK

## Aus dem Inhalt:

■ Neue EU-Kosovopolitik erforderlich	1
■ Quo vadis Pakistan	1
■ Sarkozy: Große Ambitionen	2
■ Neue Partnerschaft EU-Afrika	3

### Neue EU-Kosovo-politik erforderlich

*Die Bemühungen, den Kosovokonflikt im Rahmen der UNO und durch Einschaltung der Balkan-Kontaktgruppe zu lösen, sind gescheitert. Die Gefahr ist groß, dass durch eine einseitige Unabhängigkeitserklärung der Kosovaren, die sich der Unterstützung der USA gewiss sind, in*



Dr. Erich Hochleitner

*der Region eine ungewollte Dynamik entsteht. Diese könnte die Stabilität des Balkans gefährden und Entwicklungen auslösen, die den geopolitischen Interessen entgegenstehen. Weder von Amerika noch von Russland kann heute eine Lösung des Konflikts erwartet werden, wie sie im Interesse Europas und der Region notwendig wäre. Die EU braucht daher eine neue Kosovopolitik, die primär die europäischen Interessen im Auge hat.*

*Zentrale Aufgabe einer neuen EU-Kosovopolitik müsste es sein, einen Rahmen zu finden, der es Serbien und dem Kosovo erlaubt, friedlich zu koexistieren und die Stabilität der Region wahrt. Hierbei sind einige wichtige Faktoren von Bedeutung: Das geltende Völkerrecht steht auf der Seite derer, die eine einvernehmliche Lösung der Kosovo-Frage fordern. Die größte Schwäche des Ahtisaari-Plans war es, dass er geltendes Völkerrecht nicht berücksichtigte und ausschließlich auf einem politisch und militärisch geschaffenen de facto-Zustand aufbaut und die Zukunft des Kosovo nur im Zusammenhang mit der Status-Frage sieht. Auch die Folgewirkungen der Zuerkennung des Selbstbestimmungsrechtes nur für die albanischen Kosovaren wurden nicht bedacht.*

*Inhaltlich und methodisch könnte eine neue EU Politik auf Ideen und Substanz aufbauen, die beim bisherigen Verhandlungsprozess angedacht wurden, wie Grundlagen-Vertrag, Taiwan-, Hongkong-Modell und Teile der Ahtisaari Vorschläge. Eine Kosovo-Lösung sollte breiter angelegt und in eine umfassende Stabilisierung und Entwicklung des Balkans eingebettet werden. Vielleicht könnte dabei eine EU-Balkankonferenz nützlich sein.*

## Quo vadis Pakistan?

Botschafter Dr. Herbert Traxl

Ende Oktober betitelte Newsweek seine Ausgabe mit „The Most Dangerous Nation In the World Isn't Iraq – It's Pakistan“. Pakistan habe alles, was Osama bin Laden in die Hände spielte: politische Instabilität, radikale Islamisten, tausende zornige anti-westliche Jugendliche, isolierte Trainingszentren, Zugang zu modernster elektronischer Technologie, reguläre Flugverbindungen zum Westen sowie Geheimdienste, die mehr und mehr ein Eigenleben entwickeln. Und schließlich ist es auch ein Staat mit Nuklearbewaffnung. Dazu kommen noch andere Faktoren: die ethnische Vielfalt Pakistans, uralten Traditionen verbundene und sich weitgehend jeglicher Kontrolle entziehende Stammesgebiete und seine geostrategische Lage nahe den wichtigsten globalen Energieversorgungsleitungen und den Unruheherden Zentral- und Südasiens.

Pakistan wurde ursprünglich von seinem politischen Vater Mohamed Ali Jinnah als Heimstätte für die Muslime Südasiens, wie seine letzten Reden vor seinem frühen Tod 1948 erkennen ließen, und nicht als ein streng islamischer Staat konzipiert, sondern als eine moderne, von Muslimen dominierte Demokratie, aber auch offen für andere Religionen. Was hat dieses Land dazu geführt, heute ein Konfliktherd für die Region, aber auch eine terroristische Bedrohung für die ganze Welt zu sein?

Pakistan-Beobachter sprachen oftmals von den drei „A“, die das Land und seine Politik dominieren: Allah, Army, America. Und heute ist es nicht anders als früher.

Seit seiner Unabhängigkeit vor 60 Jahren stand der neue Staat mehr als die Hälfte der Zeit unter der Herrschaft von Generälen – Demokratie, ihre Institutionen und Praxis hatten nie richtig Wurzeln schlagen können. Auch während der gewählten Regierungen war der Einfluss der Armee spürbar: so waren von 1988 bis 1998 die Premierminister Benazir Bhutto und Nawaz

Sharif von der militärischen Führung aus ihren Ämtern entfernt worden. Anders als im benachbarten Indien sah sich die Armee von Beginn an als politische Kraft, die besser wusste, was für Pakistan (und für sie selbst) gut und richtig war. Es entstand ein Netzwerk, das nicht nur die Politik, sondern auch die Wirtschaft dominiert.

Von einer kontinuierlichen politischen und wirtschaftlichen Entwicklung Pakistans konnte man in diesen Jahren wechselnder militärischer und demokratisch-populistischer Herrschaft wenig sprechen. Erst die letzten Jahre Präsident Musharraf – bis zu seinem verfehlten Agieren gegen den obersten Richter im heurigen März – haben eine gewisse Konsolidierung vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht gebracht. Wie immer die Zukunft aussehen wird, die Armee wird weiterhin der bestimmende Faktor bleiben, vor allem was Sicherheits-, Nachbarschafts- und Nuklearpolitik betrifft. Während allerdings früher die Streitkräfte und das Offizierskorps unter britischem und später amerikanischen Einfluß vor allem professionell und nationalistisch ausgerichtet gewesen waren, brachten die Jahre Zia-ul-Haq's (1977-88) eine Wende: unter Zia wurde der Einfluss des Islam deutlich größer. Heute dürfte ca. ein Drittel der Armee islamisch ausgerichtet sein. Im Offizierskorps geht das bis in die Oberst- und Brigadierränge, die alle während der Jahre Zia's Aufnahme in die Streitkräfte gefunden hatten. Unter Berücksichtigung des politischen Gewichts der Armeeführung ist dies ein Faktor, der künftig schwer wiegen könnte.

Eine besondere Rolle in Armee und Politik spielt der pakistanische Nachrichtendienst ISI, der besonders seit dem Afghanistankrieg der 80er Jahre und dem folgenden Wiederaufflammen des Kaschmirkonfliktes eine Eigendynamik entwickelt hat. Er unterhält Kontakte zu den verschiedenen Mujaheddin-Gruppierungen, über ihn war die

Bitte lesen Sie weiter auf Seite 2

## Sarkozy:

### Große Ambitionen

Mag. Eva Strickmann

*In den vergangenen Wochen waren zunehmend Divergenzen zwischen Präsident Nicolas Sarkozy und Frankreichs EU-Partnern zu beobachten. Sarkozys Außenpolitik ist durch einen klaren Pragmatismus gekennzeichnet, der zwar den eigenen Vorteil fest im Blick hat, aber ebenso ein hohes Potential für die Reform und Weiterentwicklung der EU bietet. Nachdem die Kooperation zwischen Sarkozy und Merkel während der deutschen Ratspräsidentschaft bedeutende Impulse für Europa setzte, verfolgt Sarkozy einen Politikstil, der viel bewegen kann, aber zuweilen Irritationen auslöst.*

*In Paris sorgte kürzlich der Empfang des libyschen Staatschefs Ghaddafi für Wirbel. Dass der Besuch am Tag der Menschenrechte stattfand, Ghaddafi aber bestritt, mit Sarkozy über die Menschenrechtslage in Libyen gesprochen zu haben, stärkte Sarkozys Position nicht. Aufgrund großer handelspolitischer Erfolge, u.a. mit Libyen und China, titulierte „Le Monde“ Sarkozy vor kurzem als obersten Handelsvertreter Frankreichs und kritisierte, dass neben Handelsinteressen Menschenrechtsfragen nicht ausreichend berücksichtigt würden.*

*Mit der Gratulation Putins zum Sieg bei den Dumawahlen unterschied sich Sarkozy, der für eine privilegierte Partnerschaft mit Russland eintritt, deutlich von den kritischen Stimmen anderer EU-Staaten. Auch Frankreichs unilaterale Pläne für eine Mittelmeer-Union sorgen für Stirnrunzeln. Eine verbesserte Kooperation der EU mit den Mittelmeer-Anrainern ist zweifelsohne sehr wichtig. Der Plan eines solchen Konstrukts außerhalb der EU, in das nur ein Teil der EU-Staaten einbezogen ist, scheint aber schwer mehrheitsfähig zu sein.*

*Frankreich bereitet derzeit weitere ambitionierte Punkte für die Agenda der anstehenden Ratspräsidentschaft vor, u.a. im Bereich der ESVP. Das für März 2008 geplante Weißbuch für Sicherheit und Verteidigung kann laut Sarkozy die Basis für eine neue Europäische Sicherheitsstrategie darstellen, was für Europa einen großen Schritt vorwärts bedeuten würde.*

Fortsetzung von Seite 1

Steuerung der Taliban ab der Mitte der 90er Jahre erfolgt, und er hat heute noch Verbindungen zu einer Vielzahl islamisch-fundamentalistischer Gruppen, die in Afghanistan und Indien, aber auch vermehrt in Pakistan selbst tätig sind.

„America“ ist das andere Fixum in der pakistanischen Politik, schwankend zwischen engster Nähe und einiger Distanz. Von Anfang an hatte Washington Pakistan mit seiner so eminent sensiblen geopolitischen Lage als einen zentralen Pfeiler in seiner Strategie des Kalten Krieges gesehen. Die pakistanischen Streitkräfte waren, nach ihren britischen Ursprüngen, eng in amerikanisches strategisches Denken und Logistik (inklusive Ausbildung) eingebunden gewesen. Doch die entscheidende Phase kam mit dem Kampf gegen die sowjetische Invasion in Afghanistan, bei der die USA das südasiatische Land massivst dazu nutzte, Moskau eine Niederlage zuzufügen. Dabei wurde aber ein Fundament für das Aufkommen islamistischer Kräfte geschaffen. Der „Krieg gegen den Terror“ nach 2001 hat dieses damals geschaffene Dilemma deutlich werden lassen: die früheren Verbündeten wurden zu Feinden, der massiv und oft mechanisch geführte Kampf gegen sie, mit den vielen zivilen Opfern, hat wesentlich zu dem wachsenden Anti-Amerikanismus beigetragen. Musharraf, aber auch Benazir Bhutto wurden von vielen als Agenten der USA und nicht als Proponenten pakistischer Interessen gesehen.

Pakistan, persisch das „Land der Reinen“, aber auch ein Akronym für die es konstituierenden Provinzen (einschließlich Kaschmir), sollte nach Jinnah ursprünglich die Heimstätte für die Muslime Britisch-Indiens werden, innerhalb klarer staatlicher Grenzen. Die These, Religion könne einen Staat zusammenhalten, erhielt mit der Abtrennung Bangladeschs 1971 einen ersten schweren Schlag. Jinnah's Konzept blieb aber noch bestehen: er hatte nicht einen „islamischen Staat“ im Auge, seine letzten Reden waren von säkularen Prinzipien durchdrungen.

Dem gegenüber standen die Thesen Syed Abul Ala Maududi's, des Gründers der lange Zeit marginalisierten, heute aber immer einflussreicheren Jamaat-e-Islami (JeI). Maududi's Gedankengut geht in eine völlig andere Richtung, er befürwortet einen „Islamischen Staat“, dominiert von der „Herrschaft Gottes“ und der „Globalen Ummah“ (Gemeinschaft der Gläubigen). Diese Thesen negieren geographische Grenzen und bilden, über eine Verzweigung verschiedenster fundamentalistischer und militanter Gruppen, die Basis für einen globalen, transnationalen Jihad. Weitere fundamentalistische islamische Schulen, die eine große Bedeutung haben, sind die der Wahabis, mit alten Verwurzelungen in Saudiarabien,

und der Deobandis, einem nördlich von Delhi gelegenen islamischen Zentrum.

Während der ersten Jahrzehnte des jungen Staates waren die Jamaat-e-Islami (und auch die anderen islamischen Gruppen) von geringem Einfluss; die JeI konnte bei Wahlen nur rund 3% der Stimmen erringen. Das vergangene Jahrzehnt brachte jedoch einen deutlichen Zuwachs. Die Wahlen 2002 brachten der islamischen Allianz einen Anteil von 11%; in den unruhigen nordwestlichen Stammesgebieten stellen sie die Mehrheit bzw. sind in der Regierung. Heute hört man immer wieder von der Gefahr einer Talibanisierung Pakistans.

Eine Reihe von Faktoren ist für diesen Umschwung verantwortlich: das Versagen des Schulsystems im Lande brachte mit sich, dass Madrassas (religiöse Schulen) immer mehr in den Vordergrund rückten. Von rund 400 im Jahr 1947 stieg ihre Zahl heute auf 12.000 an, ca. 15% davon verfolgen eine radikale und militante Linie. Durch die Ausbildung in den Madrassas und den dort vorherrschenden radikalen Islamismus waren diese bestens geeignet für extrem militante Gruppen, die sich insbesondere aus arbeitslosen und enttäuschten jungen Menschen zusammensetzten. Der Lal-Masjid-Zwischenfall im heurigen Juli stellt ein gutes Beispiel dieses Problems dar, das die Regierung, trotz verschiedener Zusagen, bisher nicht unter Kontrolle bringen konnte.

Die 80er Jahre unter General Zia-ul-Haq's, selbst dem Deobadischen Gedankengut nahe stehend, brachten eine kontinuierliche Islamisierung. Weiters waren die islamisch-fundamentalistischen Gruppierungen ein Instrument, um die Sowjets in Afghanistan zu bekämpfen. Nach dem Abzug der Truppen Moskaus wurde Pakistan, das gerade unter den damaligen Umständen dringend weitere wirtschaftliche und finanzielle Unterstützung benötigt hätte, wieder alleine gelassen. Doch auch für Islamabad und den ISI waren diese militanten Kräfte sehr nützlich, den Erzfeind Indien, vor allem in der Kaschmirfrage, unter Druck zu halten. Über die Taliban wiederum, ebenfalls eine Schöpfung Pakistans (und des ISI), konnte der Einfluss in Afghanistan gewahrt werden.

Nach 2001, als sich Musharraf im Kampf gegen den Terror der Seite Washingtons anschloss und der Anti-Amerikanismus sowie die Radikalisierung der Islamisten stetig zunahm, hat sich die Lage, wie von Newsweek beschrieben, verändert. Musharraf selbst hat die breite Unterstützung der Gesellschaft, über die er zu Beginn seiner Herrschaft verfügte, verloren.

Der Weg zur Demokratie ist steinig. Pakistan steht heute vor einem Konflikt zwischen einem modernen, islamischen Staat

und einer sich völlig konträr entwickelnden religiösen Orthodoxie. Die moderne Seite Pakistans, seine Wirtschaft, Universitäten, Medien, Spitäler, Wirtschaftskammern etc. bestehen und florieren weiter. Die Gesellschaft folgt großteils einem moderaten, gemäßigten Islam – abgesehen von den traditionellen Stammesgebieten der Nordwest-Grenzgebiete und Baluchistans, die strategisch zwar sehr wichtig, doch bevölkerungsmäßig klein sind. Dem allen steht jedoch eine geringe, aber aggressive und gewaltbereite, von ihrer Berufung überzeugte Minderheit gegenüber. Diese ist dominiert von absolutistischem, pan-islamischem, anti-westlichem Gedankengut, das sie auch bereit ist, überall anzuwenden. Die vermehrten Gewalt- und Suizidattaken der letzten Monate haben die Gefährlichkeit der Jihadis deutlich werden lassen.

Hier sei nochmals an die folgenden Aspekte erinnert: einerseits an die strategisch sensible Lage Pakistans, andererseits vor allem aber an seine nukleare Bewaffnung und schließlich auch daran, dass von Pakistan bereits früher nukleares Know-How an andere Staaten gegangen war. Nicht zuletzt war es schon Zulfikar Ali Bhutto gewesen, der Vater Benazirs, gewesen, der bereits in den 70er Jahren von einer „Islamischen Bombe“ gesprochen hatte. Das Gefahrenpotential ist immens.

Wohin wird, wohin kann der Weg Pakistans führen? Um der Bedrohung durch die Extremisten zu Hause, aber auch in der Nachbarschaft Herr zu werden, wird ein Zusammengehen all derer nötig sein, die an die Werte eines modernen Staates glauben. Elemente dafür waren und sind vorhanden: Pakistan verfügt über eine Zivilgesellschaft, die schon gezeigt hat, dass sie sich manifestieren kann. Die Medien haben auch in Zeiten der Militärherrschaft Zähne gezeigt; und der durchschnittliche Pakistani des Punjab und Sindh steht nicht hinter den Extremisten und ihrer Gewalttätigkeit. Er will allerdings auch kein Eingreifen von Drittstaaten von irgendwelcher Seite.

Pakistan wird zu einer echten Demokratie finden müssen, die besser funktioniert als es früher der Fall gewesen ist. Es wird allerdings auch Platz für die Armee geben müssen; über 30 Jahre politischer Einmischung lassen sich nicht so leicht verdrängen. Doch die Armee wird ebenfalls lernen müssen, innerhalb eines demokratischen Systems zu funktionieren. Man wird befehlen müssen, dass „Nationale Sicherheit“ (d.h. Grenzkonflikte, Probleme mit den Nachbarn) zwar wichtig ist, eine unzureichende „Menschliche Sicherheit“ (Reform und Entwicklung der Gesellschaft und Wirtschaft) aber noch existenzbedrohender sein kann. Wird Pakistan diesen Herausforderungen gerecht werden können? \*

# Neue Partnerschaft EU-Afrika

Mag. Eva Strickmann

Am 8. und 9. Dezember 2007 wurde nach einer siebenjährigen Pause ein neuer Anlauf unternommen, eine „strategische Partnerschaft“ EU-Afrika zu begründen. Auf Einladung der portugiesischen EU-Ratspräsidentschaft kamen beim Gipfeltreffen in Lissabon die Staats- und Regierungschefs 53 afrikanischer Staaten und der 27 EU-Mitgliedsstaaten zusammen, die sich in

schen Opposition gegen eine Teilnahme Robert Mugabes immer wieder verschoben. Obwohl sich der Europäische Rat mit der EU-Afrika Strategie im Dezember 2005 unter dem Motto „Ein Afrika, ein Europa“ das Ziel gesetzt hatte, eine umfassende Partnerschaft mit Afrika aufzubauen und einen gemeinsamen EU-Ansatz zu verfolgen, kamen die EU-Mitgliedsstaaten erst



EU-Kommissionspräsident Barroso, AU-Präsident Kufour und EU-Ratspräsident Sócrates beim EU-Afrika Gipfel 2007

der „Deklaration von Lissabon“ auf die gemeinsame EU-Afrika Strategie und einen Aktionsplan einigten. Neben einer Verständigung auf acht Kernkooperationsbereiche wurden Differenzen, insbesondere in Bezug auf die Beurteilung von Menschenrechtssituationen und die zukünftige Handelszusammenarbeit zwischen der EU und Afrika, offen angesprochen. Die Verhandlungen über neue Wirtschaftspartnerschaftsabkommen wurden auf Beginn des Jahres 2008 verschoben: eine Annäherung der Positionen erfolgte während des Gipfels nicht.

## Ein schwieriger Prozess

Dass der EU-Afrika Gipfel stattgefunden hat, ist vermutlich der bedeutendste Durchbruch an sich. Ein erstes Treffen fand zwischen der EU und der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU), aus der die Afrikanische Union hervorging, im Jahr 2000 in Kairo statt. Der Prozess, der unter anderem mit einem Aktionsplan zur Reduzierung der Armut ins Rollen gebracht wurde, verlief aber schnell im Sand. Ein zweiter Gipfel, zunächst für 2003 geplant, wurde aufgrund der europäi-

während der deutschen Ratspräsidentschaft 2007 – insbesondere auf der Grundlage bilateraler Gespräche zwischen Deutschland und Großbritannien – überein, dass der Streit um eine Teilnahme Mugabes den Gipfel nicht weiter blockieren dürfe. Ein Bann des zimbabwischen Präsidenten hätte das Zustandekommen des Gipfels gefährdet, da Mugabe insbesondere im südlichen Afrika nach wie vor primär als Freiheitskämpfer gesehen wird und eine Nichteinladung Mugabes von vielen afrikanischen Staaten als „kollektive Bestrafung“ und Bevormundung Afrikas interpretiert worden wäre.

## Ergebnisse des EU-Afrika Gipfels

Auch wenn deutliche Divergenzen und Misstöne zu beobachten waren und weniger konkrete Ergebnisse als angestrebt erzielt wurden, erscheint es angesichts der schwierigen Vorgeschichte durchaus angemessen, dass Portugals Premier José Sócrates von einem „historischen Gipfel“ sprach. Ob der Gipfel aber einen wahren

Bitte lesen Sie weiter auf Seite 4

„Neubeginn“ in den Beziehungen zwischen Europa und Afrika bringt, wird erst die Zukunft zeigen. Ein neues Kapitel in den Beziehungen zwischen der EU und Afrika wurde aufgeschlagen, das nun mit Inhalt gefüllt werden muss. Dies wird die Qualität der Partnerschaft in Zukunft bestimmen.

Die EU-Mitgliedsstaaten und die afrikanischen Staaten haben einen ersten Schritt unternommen, um die Beziehungen neu zu definieren und gezeigt, dass sie sich über den Bereich der Entwicklungszusammenarbeit hinaus bewegen und dass in einem „Dialog auf gleicher Augenhöhe“ auch Themen wie Menschenrechte und gute Regierungsführung nicht ausgeklammert werden dürfen. Eine Annäherung der Positionen bezüglich der Menschenrechtssituation in Zimbabwe war nicht zu erwarten. Die Lage in Zimbabwe oder Darfur war nicht Hauptthema des EU-Afrika Gipfels, wurde aber angesprochen.

Konkretes Ergebnis des Gipfels ist, dass die EU und Afrika im Rahmen des Aktionsplans 2008-2010 eine umfassende Kooperation in folgenden Kerngebieten anstreben:

- Frieden und Sicherheit
- Demokratische Regierungsführung und Menschenrechte
- Handel, regionale Integration und Infrastruktur
- Entwicklung (Millenniumsziele der Vereinten Nationen)
- Energieversorgung
- Klimawandel
- Migration, Mobilität und Beschäftigung
- Wissenschaft und Informationsgesellschaft

### Weitere Schritte und Herausforderungen

Wie und in welchem Handlungsrahmen aber sollen die Beschlüsse nun implementiert werden? Während oft irrtümlich dargestellt wurde, dass es sich in Lissabon um einen EU-AU Gipfel handelte, werden erst in einem nächsten Schritt konkrete Maßnahmen zwischen beiden Institutionen vereinbart. Als Zeitrahmen für die Imple-

mentierung erster Maßnahmen ist das Jahr 2010 vorgesehen. In dem Jahr soll ein dritter Gipfel in einem afrikanischen Land stattfinden. Bis 2010 hat sich die EU zudem das Ziel gesetzt, mit einem Fonds von zwei Milliarden Euro die Wettbewerbsfähigkeit der afrikanischen Staaten zu fördern.

Zu den weiteren Schritten, die folgen müssen, gehört auch die Diskussion der zukünftigen Zusammenarbeit im wirtschaftlichen Bereich. Nachdem bislang die Handelskooperation zwischen Europa und Afrika im Rahmen der Abkommen mit den AKP-Staaten (Afrika, Karibik and Pazifik) erfolgte, drängt die Welthandelsorganisation darauf, dass sich die beiden Kontinente auf neue Rahmenbedingungen für die Handelsbeziehungen einigen. Die „Economic Partnership Agreements“ (EPA), die auf Vorschlag der EU ab Beginn des neuen Jahres ein neues Regelwerk darstellen sollten, wurden von der Mehrzahl der afrikanischen Staaten abgelehnt. Nun gilt es, flexiblere Lösungen für eine Harmonisierung des europäisch-afrikanischen Handels und eine Förderung des innerafrikanischen Handels zu finden.

Größte Herausforderung für die weitere Ausgestaltung der Partnerschaft ist die Frage, wie Afrika und die EU im gemeinsamen Dialog repräsentiert sein werden. Der Grundsatz „Ein Afrika, ein Europa“ ist ein wichtiges Ziel, entspricht aber nicht den Realitäten auf beiden Kontinenten.

Die EU hat sich seit dem letzten EU-Afrika Gipfel im Jahr 2000 stark verändert und ist durch das Anwachsen auf 27 Mitglieder heterogener geworden. Dies macht es für die EU schwieriger, mit einer Stimme zu sprechen. Während zwischen einigen EU-Mitgliedsstaaten enge politische, kulturelle und wirtschaftliche Bindungen mit einzelnen afrikanischen Staaten bestehen, haben vor allem die neuen EU-Staaten bislang wenig direkte Verbindungen zum afrikanischen Kontinent aufgebaut.

Auch „Afrika“ fehlt ein einheitliches Gesicht. Wichtigster Repräsentant Afrikas ist für die EU die Afrikanische Union (AU). Seit der Gründung im Jahr 2002 hat sich die AU, in der alle afrikanischen Staaten

bis auf Marokko vertreten sind, zu einer „Stimme Afrikas“ entwickelt. Dennoch fehlen der AU Kapazitäten, die für eine substantielle und ausgewogene Kooperation mit der EU – insbesondere für die Implementierung der nunmehr vereinbarten Maßnahmen – von besonderer Wichtigkeit sind.

Die Gründung der AU war für die EU eine Chance zur verstärkten Kooperation. Insbesondere im Bereich ihrer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik hat die EU zunehmend den Blick auf Afrika gerichtet und die Fähigkeiten und das Engagement der AU unterstützt. Während sich die EU mit der ESVP-Operation EUFOR Chad/CAR zum siebten Mal in Afrika engagiert, ist es darüber hinaus ein Ziel der EU, Initiativen der AU zur Förderung von Frieden und Sicherheit finanziell im Rahmen der „African Peace Facility“ zu fördern.

Auf dem afrikanischen Kontinent hat sich in den letzten sieben Jahren neben der Gründung der AU mit ihren verschiedenen Instrumenten ein bedeutender Wandel vollzogen. Der Kontinent weist eine deutlich höhere Stabilität und eine durchschnittliche Wachstumsrate von über 5% auf, wobei unter den afrikanischen Staaten erhebliche Disparitäten bestehen. Der wirtschaftliche Aufschwung und der Rohstoffreichtum haben das Interesse der globalen Akteure auf Afrika gelenkt. China, Indien und die USA haben bedeutende wirtschaftliche Kooperationen aufgebaut und verfolgen eine klare Interessenspolitik.

Auch diese Entwicklungen machen eine Re-Evaluierung der EU-Afrika Beziehungen notwendig. Die Zeit für einen verstärkten Austausch und eine Neuausrichtung zwischen den beiden Kontinenten ist reif. Im Rahmen einer „strategischen Partnerschaft“ ist es nicht verwunderlich, dass beide Seiten mit ihren jeweiligen Interessen Prioritäten setzen, die nicht zwingend korrespondieren. Eine nachhaltige Einigung auf gemeinsame Maßnahmen kann nur durch die Berücksichtigung verschiedener Motivationen und Perzeptionen, offene Diskussionen, Ausdauer und gut vorbereitete Verhandlungen erfolgen. \*